

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

bmeia.gv.at

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Wien, am 23. Jänner 2026

GZ. BMEIA-2025-1.000.816

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. November 2025 unter der Zl. 4012/J-NR/2025 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einmischung in den ungarischen Wahlkampf durch den STRABAG-Konzern?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4:

- *Wann wurde das Außenministerium erstmals über die öffentlichen Vorwürfe des ungarischen Ministers János Lázár gegen die STRABAG informiert?*
- *Wurde die österreichische Botschaft in Budapest mit der Beobachtung oder Berichterstattung zu diesem Fall beauftragt?*

Die Österreichische Botschaft Budapest berichtete über die öffentlichen Vorwürfe von Minister Lázár gegenüber der Firma STRABAG am 31. Oktober 2025 im Rahmen der üblichen Berichterstattung. Es wurde kein Auftrag dazu erteilt.

Zu Frage 2:

- *Hat das Außenministerium seit Bekanntwerden der Vorwürfe Kontakt mit ungarischen Regierungsstellen aufgenommen?*

Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Inhalt?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Weder von ungarischer Seite noch von der Firma STRABAG wurden die Vorwürfe gegenüber dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) thematisiert, daher gab es keinen Anlass für eine Kontaktaufnahme in dieser Angelegenheit.

Zu den Fragen 3 und 5 sowie 10 bis 13:

- *Hatte Sie und/oder das Außenministerium Kontakt mit Hans-Peter Haselsteiner oder anderen Verantwortlichen der STRABAG in dieser Causa?*

Wenn ja, wann und mit welchem Inhalt?

Gibt es offizielle oder inoffizielle Kontakte zwischen dem Außenministerium und der STRABAG im Zusammenhang mit ungarischen Bauprojekten oder dem Streit um die Autobahn M30?

Hat die österreichische Regierung Gespräche mit dem ungarischen Ministerium für Bau und Verkehr geführt, um die Situation rund um die M30-Baustelle zu klären?

Sind Mitarbeiter oder Berater des Außenministeriums in irgendeiner Form mit der STRABAG oder ihren Tochtergesellschaften in Kontakt, die über Bauprojekte in Ungarn informiert oder beteiligt sind?

Sind dem Außenministerium Treffen, Kommunikation oder Kooperationen zwischen Vertretern der STRABAG und der Partei NEOS bekannt, die Bezug zu Ungarn oder dortigen politischen Aktivitäten haben könnten?

Ist dem Außenministerium bekannt, ob die NEOS, EU-nahe Institutionen oder sonstige österreichische Stellen in ungarische Wahlkampagnen oder parteinahe Aktivitäten involviert sind oder waren?

- *Liegen dem Außenministerium diplomatische Beschwerden oder offizielle Schreiben der ungarischen Seite zu diesem Thema vor?*
- *Gab es Gespräche zwischen Ihnen und ungarischen Regierungsmitgliedern zur Causa STRABAG oder zu ungarischen Wahlen allgemein?*
- *Liegen Ihnen, respektive dem Außenministerium, Erkenntnisse über eine mögliche Einmischung der STRABAG in den ungarischen Wahlkampf und/oder eine Unterstützung von TISZA vor?*

- *Hat das Außenministerium Informationen darüber, ob durch österreichische Unternehmen und/oder NGOs – direkt oder indirekt – politische Kampagnen in Ungarn unterstützt wurden?*
- *Gibt es auf EU-Ebene Diskussionen oder Beschwerden über die mögliche Einmischung österreichischer Unternehmen in die ungarische Innenpolitik?*
- *Wurde die Europäische Kommission, die EU-Botschafterkonferenz oder der Europäische Auswärtige Dienst über diese Causa informiert?*
- *Besteht ein Zusammenhang zwischen den gegen Russland gerichteten EU-/US-Sanktionsregimen (insbesondere im Energiesektor) und den jüngsten Spannungen zwischen Ungarn und Österreich im Bau- und Energiesektor?*
- *Welche Informationen liegen der Bundesregierung über mögliche Spenden oder finanzielle Zuwendungen österreichischer Unternehmen an ungarische Parteien oder Meinungsforschungsinstitute vor?*
- *Wurden durch österreichische Behörden oder Institutionen bisher Untersuchungen zu etwaigen illegalen Parteispenden österreichischer Firmen ins Ausland eingeleitet?*

Nein bzw. liegen dem BMEIA keine Informationen dazu vor.

Mag.^a Beate Meini-Reisinger, MES